



Antrag

der Abgeordneten **Johannes Meier, Florian Köhler, Oskar Lipp** und **Fraktion (AfD)**

Berichts Antrag zu Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft durch die Ökodesign-Richtlinie für nachhaltige Produkte (ESPR)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zum nächstmöglichen Zeitpunkt dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung über die möglichen Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft der geplanten Ökodesign-Richtlinie für nachhaltige Produkte (ESPR) im schriftlicher und mündlicher Form zu berichten.

Begründung:

Für das Frühjahr 2024 plant die Europäische Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen (CDU) die Einführung einer Ökodesign-Richtlinie für nachhaltige Produkte (ESPR) als eine Verschärfung der bestehenden Ökodesign-Richtlinie, die derzeit bereits energieverbrauchsrelevante Produkte abdeckt.¹

Die neue Richtlinie sieht detaillierte Leistungs- und Informationsanforderungen für fast alle Kategorien physischer Güter vor, die in der EU in Verkehr gebracht werden. Unternehmer müssten demnach folgende Details über ihre Produkte akribisch protokollieren: Produkthaltbarkeit, Wiederverwendbarkeit, Nachrüstbarkeit und Reparierbarkeit; Vorhandensein von Substanzen, die die Zirkularität hemmen; Energie- und Ressourceneffizienz; recycelter Inhalt; und natürlich den CO₂- und Umweltfußabdruck. Dazu noch sollen all diese Informationen in einem „digitalen Produktpass“ festgehalten werden.

Besonders besorgniserregend ist der Zusammenhang mit der geplanten Verschärfung der Energieeffizienzanforderungen für Heizgeräte, die faktisch nur noch Wärmepumpen zulassen wird.²

Die Ökodesign-Richtlinie wird ein weiteres Bürokratiemonster sein, das auf die heimische Wirtschaft losgelassen wird. Bayerische Unternehmen werden durch die EU bereits mit immer neuen Bürokratiemonstern überlastet: EU-Taxonomie, Lieferkettengesetz, CO₂-Grenzausgleich, CSRD-Richtlinie, Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie etc.

Laut dem neuesten Standortrating der Stiftung Familienunternehmen (2022) belegt Deutschland Platz 18 von 21 im Gesamtindex und im Subindex „Regulierung“ sogar den vorletzten Platz.³ Im Dynamikranking der „staatlichen Rahmenbedingungen“, erstellt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (2022), belegt Bayern Platz 21 von 45. Die Forscher betonen insbesondere

¹ Europäische Kommission (2023). Ecodesign for Sustainable Products Regulation. URL: https://commission.europa.eu/energy-climate-change-environment/standards-tools-and-labels/products-labelling-rules-and-requirements/sustainable-products/ecodesign-sustainable-products-regulation_en

² Europäische Kommission (2023). Heizgeräte: EU-Mindestnormen für Energie-Effizienz werden aktualisiert. URL: https://germany.representation.ec.europa.eu/news/heizgerate-eu-mindestnormen-fur-energie-effizienz-werden-aktualisiert-2023-06-08_de

³ Stiftung Familienunternehmen (2022). Deutschland ist der große Verlierer im Standortwettbewerb. URL: <https://www.familienunternehmen.de/de/pressebereich/meldungen/2023/2023-01-16/deutschland-ist-der-grosse-verlierer-im-standortwettbewerb>

die Stagnation des Freistaates in den Unterpunkten „Ordnungsrahmen“.⁴ Nach einer Umfrage der IHK München und Oberbayern (2021) geben 1 300 bayerische Unternehmer der Staatsregierung die Schulnote „4,8“ im Bereich „Bürokratie“.⁵

⁴ Vbw (2022). Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich – Niveauranking. IW Köln. URL: <https://www.vbw-bayern.de/vbw/Themen-und-Services/Wertsch%C3%B6pfung/Industrie-standort-Bayern-im-internationalen-Vergleich.jsp>

⁵ IHK München und Oberbayern (2021). Unternehmensbarometer zu den Lehren der bayerischen Wirtschaft aus der Corona-Zeit. URL: <https://www.ihk-muenchen.de/de/Wirtschaftsstandort/bundestagswahl-2021/Unternehmensbarometer.html>